



Oriana Pardini (SP) und Mathias Müller (SVP) diskutieren in einer wöchentlichen Kolumne ein aktuelles Thema.

Quelle: Nik Egger/ade

Links gegen Rechts zum 1. Mai

Braucht es in der Schweiz Mindestlöhne?

In Biel und Bern verlangen zwei Volksinitiativen die Einführung eines Mindest-Stundenlohnes von 23.80 Franken auf dem Gemeindegebiet. Bringt das bessere Löhne oder vertreibt es billige Jobs?

[Oriana Pardini \(SP\)](#) | [Mathias Müller \(SVP\)](#)

Publiziert: Heute, 06:00 Uhr

Aktualisiert vor 2 Tagen

Oriana Pardini: «Ein Mindestlohn würdigt den Menschen.»

Ein garantierter Mindestlohn macht Sinn. Wer den ganzen Tag arbeitet, soll davon leben können, in Würde und ohne Existenzängste. Doch vielerorts reicht der Lohn kaum für Miete, Krankenkasse und Lebensmittel. Besonders in Orten mit hohen Lebenshaltungskosten und Beschäftigten ohne wirksamen Schutz vor Lohndumping braucht es deshalb einen regionalen Mindestlohn. Er schützt die Menschen vor Armut trotz Arbeit und sichert wirtschaftliche Eigenständigkeit und Selbstachtung.

Zwar funktioniert in der Schweiz die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften und Gesamtarbeitsverträge garantieren faire Löhne, aber längst nicht überall. In neuen Dienstleistungsbranchen wie der Plattformökonomie (Lieferdienste etc.), in kleinen Verkaufsläden, bei Reinigungs- oder Betreuungsdiensten fehlen solche Strukturen. Hier muss der Staat Mindeststandards setzen, um Ausbeutung zu verhindern.

Ein Mindestlohn sorgt zudem für fairen Wettbewerb: Wer anständige Löhne bezahlt, soll nicht durch Dumping-Konkurrenz benachteiligt werden. Einheitliche Lohnuntergrenzen schaffen Gerechtigkeit und stärken durch höhere Kaufkraft die lokale Wirtschaft.

Dass Mindestlöhne keine Jobs kosten, belegt die Forschung. Die Ökonomen David Card und Alan Krueger haben gezeigt, dass höhere Mindestlöhne nicht zu höherer Arbeitslosigkeit führen – Card

erhielt dafür 2021 den Wirtschaftsnobelpreis. Das Argument, Lohnerhöhungen gefährdeten Arbeitsplätze, ist wissenschaftlich widerlegt.

Ein regionaler Mindestlohn ist kein radikaler Eingriff, sondern ein pragmatisches, bewährtes Instrument. In fünf Kantonen, Genf, Neuenburg, Jura, Tessin und Basel-Stadt, gilt er bereits. Auch Städte wie Zürich, Winterthur und Luzern streben kommunale Regelungen an. Die Notwendigkeit ist da, nun braucht es die Einsicht der Politik, über alle Parteigrenzen hinweg, von rechts bis links, soziale Verantwortung wahrzunehmen.

Ein Mindestlohn schützt nicht nur vor Armut. Er würdigt, was Arbeit wirklich wertvoll macht: den Menschen.

Mathias Müller: «Der Mindestlohn verhindert Menschlichkeit.»

Die Idee klingt menschlich: Jeder soll genug verdienen, um gut leben zu können. Doch der Mindestlohn ist ein Paradebeispiel dafür, wie gute Absichten ins Gegenteil umschlagen. Ein Lohn ist Ausdruck von Wertschöpfung. Wer weniger erwirtschaftet, als der Mindestlohn verlangt, verliert seinen Job. Das trifft vor allem Jugendliche, Behinderte und Geringqualifizierte – also jene, die durch technologische Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz und Robotik ohnehin zunehmend verdrängt werden. Der Mindestlohn verschärft diesen Trend – er beschleunigt den Ausschluss der Schwächsten.

Wer nicht rentabel ist, fliegt aus dem System – nicht aus bösem Willen, sondern es ist die perverse Logik des Mindestlohns.

Heute darf ein Unternehmer noch jemanden anstellen, der wenig leisten kann und dafür auch weniger verdient – nicht für Profit, sondern aus Menschlichkeit und weil er Verantwortung empfindet. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde dieses Engagement verunmöglichen. Dann wird aus Mitgefühl ein Gesetzesverstoss – aus Nächstenliebe ein Risiko. Was heute noch gelebte Solidarität ist, wäre morgen verboten – im Namen des Gesetzes.

Dass diese Gefahr real ist, zeigen Beispiele: In Seattle wurde 2015 ein Mindestlohn von 15 Dollar eingeführt – mit der Folge, dass viele Geringverdiener trotz höherem Stundenlohn weniger verdienten, weil ihre Arbeitszeiten gekürzt oder sie entlassen wurden. Und in Deutschland, wo 2015 der Mindestlohn kam, verschwanden Zehntausende Minijobs – gerade in Pflege und Gastronomie, also in Bereichen mit ohnehin schon wenig Spielraum.

Die Lösung? Statt Mindestlöhne: Sozialabgaben senken, Steuern vereinfachen, mehr Netto vom Brutto. Und Schluss mit Zwangsabgaben wie Rundfunk- oder CO₂-Gebühren – sie treffen besonders jene, die ohnehin jeden Franken umdrehen müssen.

Fazit: Der Mindestlohn klingt gerecht – führt aber zu Ungerechtigkeiten. Er vernichtet Chancen und verhindert Menschlichkeit – gerade bei Jugendlichen und sozial Schwachen.

Wer hat recht?

Oriana Pardini

39%

Mathias Müller

51%

Beide

5%

Niemand

5%

39 Abstimmungen

Jeden Montag erscheint die Kolumne «Pardini vs. Müller», worin die SP-Grossrätin und der SVP-Grossrat jeweils eine Frage zu einem aktuellen Thema beantworten.

Mathias Müller (SVP) hat Jahrgang 1970 und lebt in Orvin; er ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) und Vizepräsident der SVP-Fraktion im Grossen Rat. Müller ist Berufsoffizier und Psychologe.

Oriana Pardini (SP) hat Jahrgang 1998 und lebt in Lyss; sie Grossrätin seit 2024 und aktuell Präsidentin des Grossen Gemeinderats Lyss. Pardini ist Masterstudentin Rechtswissenschaften.

Hier noch der Link für alle, welche ein Abo haben: <https://ajour.ch/de/story/589273/wie-verhindert-man-das-l%C3%A4delisterben>

3 Kommentare

Schreiben Sie einen Kommentar...

Neueste

Beliebteste

M. Bœ. Vor 11 Minuten

Wunderbar, dieser Mindestlohn. In unserem Biel wirts darauf resultieren, dass es noch viel mehr Schwarzarbeit geben wird und dass diverse Firmen halt einfach ihren Geschäftssitz ins Umland verlegen. Wie soll das Ganze kontrolliert werden? Schafft die konkursite Stadt Biel dann wieder ein dutzend neue Stellen? Für eine kantonale Lösung wäre ich gern zu haben, die kommunale Lösung finde ich nicht zielführend.



← Antworten

🚩 Melden

Marti Rolf Vor 39 Minuten

Was Mathias Müller behauptet, stimmt nicht! Eingliederungslöhne, wie zum Beispiel für Jugendliche, Menschen mit geringerer Leistungsfähigkeit oder ähnlich sind mit dem Mindestlohn NICHT gemeint!. Aber es müssten eben klar definierte Eingliederungsmassnahmen sein mit dem Ziel, auf ein durchschnittliches Leistungsniveau hinzuarbeiten. Es soll nicht mehr möglich sein, Menschen nach Belieben auf tiefem Lohnniveau auszunutzen! Uns es macht weder Spass, die Haare zu schneiden, noch einen Snack zu verzehren im Wissen, dass mir da Menschen möglicherweise zu Hungerlöhnen einen Service erbracht haben!



← Antworten

🚩 Melden

Thomas Boinay Vor 12 Stunden

Natürlich braucht es einen gesetzlichen Schutz gegen Lohndumping. Natürlich soll der Lohn ein Auskommen ermöglichen, sonst fehlt ein Anstoss, überhaupt Arbeiten zu gehen. Aber ob ein regionaler Alleingang der Stadt Biel sinnvoll ist, wage ich zu bezweifeln. Arbeit ist mobil, die Unternehmen, die davon betroffen wären, können rasch ihre Produktionsstätten in eine Nachbargemeinde verschieben. Und Kleinunternehmen, die das nicht können, und dazu gehören unter Anderem auch Frisörsalons und Gastro, gehen einfach unter. Resultat: weniger Jobs für Geringverdiener



← Antworten

🚩 Melden

